



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 08/2023

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten im dbb rheinland-pfalz
- b) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- c) dbb jugend rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung
- e) dbb Bezirksverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer

Mainz, 20.06.2023
he/--

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch zwischen der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Juni 2023

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die dbb Landesleitung hat am 14. Juni 2023 mit der Landtagsfraktion der FDP ein gewerkschaftliches Spitzengespräch geführt.

Angesichts der Ländertarifrunde des öffentlichen Dienstes im Herbst, der allgemein großen Verärgerung über zu lange Bearbeitungszeiten in der Beihilfe und vor dem Hintergrund der Beschlüsse des Hauptvorstandes dbb rheinland-pfalz vom 19. April 2023 trug die dbb Delegation zu folgenden **Hauptpunkten** vor:

- Einkommensrunde öffentlicher Landesdienst 2023
 - Ausstrahlungswirkung des Bund-Kommunen-Tarifergebnisses 2023
 - gewerkschaftlicher Forderungshorizont
 - faire Übertragung auf Beamtinnen/Beamte UND Versorgungsempfängerinnen/-empfänger
- Beihilfenrecht Rheinland-Pfalz
 - Abschaffung der Kostendämpfungspauschale
 - viel zu lange Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen
- Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Kernanliegen der dbb Delegation war wie stets, dass mehr Geld in den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz investiert werden muss.

Landeschefin Lilli Lenz appellierte zusammen mit ihren Stellvertretern an den liberalen Koalitionspartner FDP, sich der Regierungsverantwortung bewusst zu sein und eigene Akzente zu setzen, nicht zuletzt im Interesse der Steigerung von Stimmanteilen – auch und insbesondere für den öffentlichen Dienst im Bundesland.

Eine **offensive Ausgabenpolitik** zugunsten des öffentlichen Dienstes ist unabdingbar, weil Nachwuchsgewinnung verbessert werden und Fachkräftesicherung funktionieren müsse. Folglich sei ein Schritthalten des öffentlichen Dienstes bei den Arbeitsbedingungen im Vergleich zur Privatwirtschaft dringend erforderlich, so Lilli Lenz.

FDP-Fraktionschef Philipp Fernis zeigte sich reserviert und erläuterte mit Blick auf die jüngsten – zwar stabilen, aber vergleichsweise schlechter werdenden – Steuerschätzungen, dass der Haushaltsgesetzgeber vorsichtig agieren müsse. Im Landeshaushalt sei zum Beispiel eine recht knappe Vorsorge für das Ländertarifergebnis (TV-L) getroffen worden, das hoffentlich im Herbst ausgehandelt sein werde. Die eingestellten Finanzierungsmittel lägen rechnerisch unter dem kürzlich erfolgten Abschluss für Bund und Kommunen (TVöD).

Die dbb-Delegation verdeutlichte daraufhin die Inhalte der TVöD-Tarifeinigung und stellte die **Erwartungshaltung** der Einzelmitgliedschaft im Landesdienst und unter den Kommunalbeamtinnen/-beamten dar, wonach ein Zurückfallen des **TV-L**-Ergebnisses hinter aktuelle Tarifkompromisse aus angemessener Linearanpassung und steuerfreiem Inflationsausgleich im Herbst keinesfalls in Betracht komme.

Lilli Lenz betonte mit Blick auf die einstimmige Hauptvorstandsentschließung für eine faire Ländertarifrunde insbesondere die Forderung nach unbedingter Berücksichtigung der Versorgungsempfänger/-empfängerinnen bei jeglicher Einmalzahlungs- oder Inflationsausgleichsprämien-Lösung.

Philipp Fernis stellte eine alimentationsrechtliche Gesamtbetrachtung der vergangenen sieben Jahre an und erklärte, dass Rheinland-Pfalz im Bund-Länder-Alimentationsvergleich im sicheren Mittelfeld gut aufgestellt sei. Laut Koalitionsvertrag werde der TV-L-Abschluss zeit- und wirkungsgleich auf Beamtenbesoldung und -versorgung übertragen. Die Landesregierung sehe ein berechtigtes Interesse der Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter am Inflationsausgleich. Es werde sicher das Mögliche getan, um dem Alimentationsprinzip Genüge zu tun.

Allerdings seien zusammen mit Stellenaufwuchs in der Landesverwaltung auch steigende Ausgaben der Ressorts zu verzeichnen. Das sei in den Bereichen Sicherheit und Infrastruktur gut und wichtig, mache zusätzliche Mittelnachsteuerungen aber schwierig, weshalb man sich – den Ukraine Konflikt mit seinen wirtschaftlichen Auswirkungen hinzugenommen – haushalterisch aktuell in unsicherer Lage sehe. Das Land sei insoweit unter Druck, es herrschten Unklarheiten vor. Nach wie vor relativ hohe Schulden, hohe Haushaltsbindung und hohe Zinsen schränkten Bewegungsspielräume ein. Man müsse den TV-L-Abschluss abwarten und anschließend haushaltsmäßig reagieren. Priorisierungen der Ausgaben müsse sein.

Die dbb Delegation übte **Kritik an dieser zurückhaltenden Position** und verdeutlichte mit zahlreichen Beispielen die Alltagssituation im öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst bekommt kein bzw. kein qualifiziertes Personal. Trotzdem finde keine Aufgabenkritik statt, sondern die Politik und die Rechtssetzung bürdeten immer mehr Aufgaben auf. Digitalisierung bringe keine Entlastung, sondern allerorten Belastung in den Verwaltungen. „Softe“ Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit- und -ortsflexibilität seien kein Vorteil mehr, den der öffentliche Dienst im Personalwettbewerb ausspielen könne, weil ihm der Rang durch die Privatwirtschaft zwischenzeitlich nämlich überall abgelaufen werde. Man belaste die Kolleginnen und Kollegen nach wie vor zum Beispiel mit der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale und zu geringen Wegstreckenentschädigungssätzen bei Dienstreisen mit eigenem Kfz, obwohl ein Umsteuern nicht übermäßig teuer für den Landeshaushalt wäre, das Signal der Wertschätzung für das Personal hingegen aber sehr wertvoll wirken könnte.

Auf die dbb Forderungen nach Abschaffung der Kostendämpfungspauschale im Beihilfenrecht und verbesserte Anpassung der reisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigung reagierte der FDP-Landtagsfraktionsvorsitzende Philipp Fernis – gleichsam im Namen der „Ampel“-Regierungskoalition – reserviert. Allein die Streichung der Kostendämpfungspauschale koste im Jahr 23 Millionen Euro, das entspreche den Personalaufwuchs-Ausgaben im Justizressort im Landeshaushalt 2021. Bilanziell sei man mit einer schwarzen Null aus der Corona-Krise gekommen. Auf der Prioritätenliste für Landesausgaben stehe der öffentliche Dienst oben, aber mit einigen Punkten nicht an der Spitze.

Die dbb Landesleitung entgegnete, dass inhaltliche Vertröstungen nicht weiterhelfen. Das öffentliche Personal brauche das Signal von der Politik, dass zugehört und ernstgenommen werde. Politik müsse sich strecken und beherzt bei den Arbeitsbedingungen Verbesserungen herbeiführen sowie unbedingt durch klar kommunizierte und eindeutige **Aufgabenkritik** Priorisierungen eher bei dem vornehmen, was der Staat durch den öffentlichen Dienst zu leisten hat – Abstriche im Angebot inklusive, auch wenn die Wählerschaft das unter Umständen nicht gerne hört.

Sodann wurde über die nach wie vor sehr langen **Bearbeitungszeiten in der Beihilfenverwaltung** des Landes gesprochen. Die dbb Delegation monierte, dass die Landesregierung seit Monaten gezögert habe, endlich zusätzliche Stellen etwa im Beihilfedezernat beim Landesamt für Finanzen vorzusehen. Die Kolleginnen und Kollegen dort arbeiteten längst über dem Limit, aber zum Leidwesen der Antragsteller ließen sich die Bearbeitungszeiten trotz dieses Einsatzes nur phasenweise leicht absenken.

Philipp Fernis stellte sich dazu als Freund von vollständiger **Digitalisierung** und Automation im Verwaltungsverfahren dar. Er plädierte für Vereinfachungen im Vergaberecht und für extensive Nutzung von Entwicklungsverbänden. Teildigitalisierung, kundenfreundliches digitales Front-End bei nach wie vor analogem Back-End und unausgelegene Software seien nicht hilfreich.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darin, dass Digitalisierung effizient und gut gemacht sein müsse unter Mitnahme der Fachanwender und Nutzer, damit sie gelingt.

Zum Punkt „Modernisierung des **Landespersonalvertretungsgesetzes**“ äußerte FDP-Fraktionschef Philipp Fernis auf Nachfrage, dass das momentane Ausbleiben eines schon länger angekündigten Referentenentwurfs für ein Beteiligungsverfahren

bestimmt mit der aktuellen Aufgabenlast und dem Ministerwechsel im Innenressort zusammenhänge.

Die Anregungen und Vorschläge des dbb rheinland-pfalz zur Modernisierung des Personalvertretungsrechts seien bekannt.

Diskutiert wurde über die gewerkschaftliche Forderung nach Konkretisierung des Grundsatzes vertrauensvoller Zusammenarbeit, die sich der dbb rheinland-pfalz nach Möglichkeit im Gesetzestext wünscht. Die dbb Delegation erläuterte, dass man eine explizite plakative Formulierung zu Sanktionen gegen Dienststellenleitungen favorisiere, die sich nicht an die personalvertretungsrechtlichen Pflichten halten.

Die FDP-Landtagsfraktion wurde vertreten durch den Vorsitzenden *Philipp Fernis* sowie die Fraktionsmitarbeiter *Jonas van Rüschen*, persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden, Referent für Bildung und Wissenschaft sowie für Haushalt und Finanzen und *Pierre Pfeiffer*, Referent für Inneres, Sport und Landesplanung. Seitens des dbb rheinland-pfalz nahmen am Gespräch die Landesvorsitzende *Lilli Lenz*, die stellvertretenden Landesvorsitzenden *Elke Schwabl*, *Lars Lamowski*, *Peter Mertens* und *Robert Tophofen* sowie Landesgeschäftsführer *Malte Hestermann* teil. Vereinbart wurde die Fortführung der Gespräche sowie die Beibehaltung des fachlichen Kontakts.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz
Landesvorsitzende